

Extremismusforschung - Erkenntnisse aus den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften



Im Auftrag für das

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Impressum

DLR Projektträger
connectNRW
Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn
Tel.: 0228 3821 1933
E-Mail: connectNRW@dlr.de

Redaktion

Sandra Block
Bonn/Düsseldorf, Oktober 2019

Bildnachweis

Pixabay
MKW
DLR-PT

Der DLR-PT hat diese Seiten und die darauf befindlichen Links nach bestem Wissen erstellt und ist stets darum bemüht, die Richtigkeit und Aktualität sicherzustellen. Jedoch sind alle Angaben nur zur allgemeinen Information bestimmt. Sie erfolgen daher ohne Gewähr und unter Ausschluss jeglicher Haftung.

Liebe Leserinnen und Leser,

Kennzeichen einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft sind unter anderem Wahlmöglichkeit und Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte und Normen bilden die Grundlage für ein friedliches Miteinander angesichts einer Vielzahl individueller Ansichten, die manchmal auch in einem Spannungsverhältnis stehen können. Eine moderne Gesellschaft erfordert die Akzeptanz dieser Pluralität, um für jeden Einzelnen ein freies Leben zu ermöglichen.

Die Ablehnung einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft ist kennzeichnend für „Extremismus“ als politisches Phänomen. Es handelt sich dabei um einen Sammelbegriff für unterschiedliche Ausprägungen, „den“ Extremismus gibt es nicht.

Welche Arten von Extremismus gibt es? Was begünstigt die Entstehung von Extremismus? Was sind Beweggründe für radikale Ansichten? Wie kann Extremismus entgegengewirkt werden? Dies sind Fragen, zu deren Beantwortung die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften wichtige Beiträge leisten können. Die Wissenschaftseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen sind hierfür gut aufgestellt, mit exzellenten Forschungsprojekten und profilierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Dieses Dossier stellt Ihnen die vielfältigen Aktivitäten, Initiativen, Projekte und Fördermöglichkeiten in und aus Nordrhein-Westfalen vor und bietet außerdem Einblicke in Entwicklungen auf Bundes- und EU-Ebene.

*Isabel Pfeiffer-Poensgen,
Ministerin für Kultur und Wissenschaft NRW*



Isabel Pfeiffer-Poensgen
Foto: MKW/Bettina Engel-Albustin

Inhalt



Initiativen und Projekte in NRW

- Neue Koordinierungsstelle des CoRE NRW Netzwerks am BICC in Bonn** 5
- Aufklärung und Prävention durch den Verfassungsschutz NRW** 7
- Gegen gewaltbereiten Salafismus – Einzigartiges Internetportal in NRW** 9



Aktivitäten auf Bundesebene

- Bundesförderung: Gesellschaft verstehen – Zukunft gestalten** 11
- Bundesweite Erfassung von Präventions- und Deradikalisierungsinitiativen** 12
- Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention des DJI** 13
- Im Interview: Professor Albert Scherr über Unterschiede Links- und Rechtsextremismus** 15



Erfolgreich in Europa

- NRW goes EU: Projekt DARE untersucht Mechanismen von Radikalisierung** 17
- Radicalisation Awareness Network (RAN) der EU-Kommission** 19
- connectNRW - Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften im Fokus** 20

Neue Koordinierungsstelle des CoRE NRW Netzwerks am BICC in Bonn

Der jährliche Verfassungsschutzbericht belegt eine steigende Zahl verschiedener Formen von Extremismus sowie politisch motivierter Gewalt in Deutschland. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (NRW) hat sich zum Ziel gesetzt, dem entschieden entgegenzutreten. Neben verschiedenen rechtlichen, sicherheitsrelevanten und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen und Initiativen wird dabei auch auf die grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung gesetzt.

Die wissenschaftliche Landschaft, die sich mit Phänomenen des gewaltbereiten Extremismus auseinandersetzt, ist sehr vielfältig. Forscherinnen und Forscher stammen aus verschiedenen Disziplinen, verfolgen unterschiedliche Erkenntnisinteressen und wenden eine große Bandbreite an Methoden an. Perspektivisch reichen diese von der individuellen Mikro-Ebene (z. B. qualitativ dichte Beschreibung individueller Biographien; Diagnose psychischer Störungen) über die gruppenbezogene Meso-Ebene (z. B. ethnografische Erkundung und Kartografierung radikaler Milieus) bis hin zur gesellschaftlichen oder sogar globalen Makro-Ebene (z. B. quantitativ-statistische Erhebung und Auswertung von Daten; Befassung mit größeren politischen Konfliktkonstellationen).

Um die verschiedenen Initiativen und Ansätze aus der Wissenschaft in einen konstruktiven Austausch miteinander zu bringen, unterstützt das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW (MKW) das 2016 ins Leben gerufene Netzwerk CoRE NRW (Connecting Research on Extremism).

Neben dem Fokus des Netzwerks auf den gewaltbereiten Salafismus wird der Blick auch auf andere Formen des Extremismus gerichtet, wobei Phä-



Ansprechpartner der Koordinierungsstelle ist Maurice Döring.
Foto: BICC

nomen übergreifende Perspektiven und beispielsweise der Vergleich mit dem Rechtsextremismus zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Themen des Netzwerkes sind z.B. Radikalisierungsprävention, Anfälligkeiten für Radikalisierung und Genderperspektive.

CoRE NRW soll zum einen die wissenschaftliche Vernetzung über Institute und Fachdisziplinen hinweg in NRW stärken und damit die Debatten im Forschungsfeld fördern. Zum anderen soll das Netzwerk gezielt den Wissenstransfer zwischen der Forschung und der sowohl sicherheitsbehördlichen als auch zivilgesellschaftlichen Praxis unterstützen.

Mit dem Netzwerk sollen aber auch Akteure über NRW hinaus angesprochen und mit dem Netzwerk verknüpft werden, sei es aus anderen Bundesländern, auf Bundes- oder auch europäischer Ebene.

Seit August 2019 ist die Koordinierungsstelle des Netzwerks am BICC in Bonn angesiedelt. Das BICC ist ein außeruniversitärer Think Tank, der sich mit Themen der Friedens- und Konfliktforschung befasst und 1994 mit Unterstützung des Landes NRW gegründet wurde. Das Institut verfügt über große Erfahrung beim Aufbau und der Koordination wissenschaftlicher Transfernetzwerke. Seine anwendungsorientierte und transdisziplinäre Forschung reicht von der Mobilisierung bzw. Demobilisierung von Gewaltakteuren über Rüstungsexporte und Kleinwaffenkontrolle bis hin zur Bedeutung organisierter Gewalt in globalen Migrationsströmen und bei der Nutzung natürlicher Ressourcen. Das BICC setzt seine Expertise ein, um mit der Koordinierungsstelle das CoRE NRW Netzwerk zu stärken und zu erweitern.

Die Koordinierungsstelle fungiert dabei als Katalysator zwischen den Mitgliedern und als Kontaktstelle für die an den Themenstellungen Interessierten jenseits des Netzwerks. Sie organisiert Workshops, die der wissenschaftlichen Vernetzung, aber ebenso dem Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik dienen sollen. Mit der Einrichtung eines Online-Portals, der Erstellung von wissenschaftlichen Kurzgutachten sowie einer umfassenden Bestandsaufnahme der Forschungs- und Präventionsaktivitäten in NRW werden der Wissenstransfer und die Vernetzung kontinuierlich ausgebaut und begleitet.



Weitere Informationen
online

- E-Mail: doering@core-nrw.de
- Telefon: 0228 911 96 – 45
- www.core-nrw.de (im Aufbau)

NRW fördert Forschung zu Extremismus

In welcher Form sind sowohl Gewalt ablehnende als auch Gewalt befürwortende neo-salafistische Gruppen in urbane Sozialräume eingebettet? Wie kann es gelingen, muslimisch-salafistische Minderheiten in die Stadtgesellschaften NRWs zu integrieren? Welche Gegenangebote zu salafistischer Propaganda lassen sich Jugendlichen aufzeigen?

Diese und weitere Fragen werden in Projekten von Hochschulen und Einrichtungen in NRW behandelt. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW (MKW) fördert diese Vorhaben zur extremistischen Salafismusforschung. Im Rahmen dieser Förderlinie geht es darum, Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen zu gewinnen, um ein besseres Verständnis der Extremismusausprägungen zu entwickeln und geeignete Maßnahmen zur Prävention ableiten zu können.

Einen Überblick der geförderten Projekte und weitere Informationen finden Sie unter:

www.connectnrw.de/de/Geforderte-Projekte-des-Ministeriums-fur-Kultur-und-Wissenschaft-zur-Extremismusforschung.php



Aufklärung und Prävention durch den Verfassungsschutz NRW

„Freiheit und Demokratie sind keine Geschenke, die vom Himmel gefallen sind. Es sind hart erkämpfte Errungenschaften, die verteidigt werden müssen und in ständiger Gefahr sind, untergraben zu werden. Gerade in diesen Zeiten, in denen Rechtsextremisten offensiv Position und Haltungen propagieren, von denen man lange hoffte, sie seien überwunden, kommt es auf die Arbeit des Verfassungsschutzes an.“ Mit diesen Worten leitet das Vorwort des aktuellen Verfassungsschutzberichtes des Landes Nordrhein-Westfalens ein.

Der Verfassungsschutz ist eine der zahlreichen Aufgaben des NRW-Ministeriums des Innern. Im Zentrum der Arbeit des Verfassungsschutzes steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sein Auftrag ist die Beratung der Politik und die Aufklärung der Öffentlichkeit. Zu den Themen zählen neben Rechts- und Linksextremismus auch auslandsbezogener Extremismus sowie Islamismus, Scientology Organisation sowie ganz konkrete Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme. Für die Bestimmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes werden die Begriffe „extremistisch“ und „verfassungsfeindlich“ in der Regel synonym benutzt. Die Verfassungsschutzbehörden sprechen somit vom „politischen Extremismus“ als Sammelbegriff für diejenigen politischen Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen.

Aktuelle Entwicklungen des Extremismus in NRW

Laut des aktuellen Berichts des Verfassungsschutzes ist die Entwicklung des Rechtsextremismus 2018 durch zwei Elemente gekennzeichnet: Radikalisierung und Entgrenzung. Gewalttaten werden



in diesem Kontext mit permanentem Wiederholen von Feindbildern und das rassistische Zuspitzen von gesellschaftlichen Konflikten, wie u.a. zur Migrations- und Sozialpolitik, gerechtfertigt. Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und versuchen die Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 3.200 Anhänger identifizieren. Beim Linksextremismus stellt Gewalt ein immer stärker akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar. So hat sich im Jahr 2018 im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft. Hier wird deutlich dass vor allem der Klimaschutz und der Kampf gegen rechts als zentrale Themen des Linksextremismus genutzt werden.

Im Kontext des Islamismus geht laut Bericht des NRW-Verfassungsschutzes vom jihadistischen Salafismus nach wie vor eine ernstzunehmende

terroristische Gefahr aus. Im Bereich des politischen Salafismus zeichnen sich Veränderungen ab: Vereinsverbote und strafrechtliche Maßnahmen haben die Wachstumsdynamik der salafistischen Szene abgeschwächt. Jedoch ist zu erwarten, dass sich neue Aktionsformen und Organisationsstrukturen bilden. Der traditionelle Islamismus drängt zunehmend in die Zivilgesellschaft. Islamistische Organisationen und Netzwerke versuchen sich als vermeintlich unproblematische Alternative zum extremistischen Salafismus in der deutschen Öffentlichkeit zu platzieren, um somit gesellschaftliche Akzeptanz zu erwerben.

Präventionsmaßnahmen und Hilfe zum Ausstieg

Den Entwicklungen im Extremismus begegnet der Verfassungsschutz in NRW durch umfängliche Angebote auf allen Präventionsebenen. Neben Aufklärung und Sensibilisierung zum Beispiel in Form von Vorträgen, Fachtagungen oder Schulangeboten bietet der Verfassungsschutz Angebote zur Unterstützung für Ausstiegswillige und für Betroffene in einem frühen Radikalisierungsstadium. Das Präventionsprogramm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ setzt vor dem Szene-Einstieg bzw. am Beginn einer Radikalisierung an. Das Beratungsangebot wird durch eine internetgestützte Beratungskomponente – „Wegweiser Online“ erweitert. Das Projekt VIR setzt darauf, bei jungen Menschen in einer Annäherungsphase an den Rechtsextremismus in Alltagssituationen Impulse zur Veränderung zu geben. Mit dem Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ für Rechtsextremismus und dem Aussteigerprogramm Islamismus „API“ sowie dem 2018 gestarteten Aussteigerprogramm „left“ für Linksextremismus und auslandsbezogenen Linksextremismus sollen Menschen einen Weg zurück in die demokratische

Gesellschaft finden.

Aktuell stehen zwei Bereiche im Fokus der Arbeit des Verfassungsschutzes:

1. Erlebniswelt Rechtsextremismus: Der Begriff bündelt Forschungsfragen, die Annäherungsmotivationen junger Menschen an den Rechtsextremismus, also Reize und Attraktivitätsmomente dieser Szene betreffen. Rechtsextremistisch geprägte Wir-Gefühle, Anerkennungsversprechen und Gruppenaktivitäten spielen in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle.
2. Einbindung von ausgestiegenen Extremisten in die aktive Ausstiegsarbeit: Im internationalen Kontext der Deradikalisierungsarbeit wird die Einbindung bereits erprobt. Für die praktische Arbeit im Deradikalisierungskontext sind in diesem Zusammenhang - auf Grundlage des Forschungsstandes und von Praxiserfahrungen - bewährte Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards relevant.

Der Verfassungsschutz sieht vor allem bei der sekundären Rechtsextremismusprävention den Bedarf an einem übergreifenden Austausch zwischen Politik, Praxis und Forschung: Dies betrifft die Arbeit insbesondere mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Annäherungsphasen an den Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, bestehende Ansätze (ggf. kritisch) zu beleuchten, erfolgversprechende Konzepte herauszukristallisieren und Gelingensfaktoren zu erörtern.



Weitere Informationen
online

- www.im.nrw/themen/verfassungsschutz



Gegen gewaltbereiten Salafismus – Einzigartiges Internetportal in NRW



Die NRW-Landesregierung engagiert sich im Bereich der Prävention von extremistischem gewaltbereitem Salafismus mit vielfältigen Maßnahmen. Um diese Aktivitäten bekannter zu machen und Prävention zu fördern, hat die Landeszentrale für politische Bildung NRW nun ein Internetportal unter dem Titel „Gegen gewaltbereiten Salafismus. Informieren. Helfen. Gegensteuern.“ entwickelt. Schwerpunkt und Alleinstellungsmerkmal des Portals ist der NRW-spezifische Ansatz: Die Nutzerinnen und Nutzer können mehr darüber erfahren, was das Land NRW konkret gegen gewaltbereiten Salafismus unternimmt.

Zum einen wird das zugrundeliegende Handlungskonzept des Landes vorgestellt, zum anderen informiert das Portal über die Angebote und Projekte des Landes im Themenbereich Prävention von extremistischem gewaltbereitem Salafismus und stellt diese vor. Das Spektrum der Angebote reicht dabei von Informationsveranstaltungen über Workshops

und Schulungen bis hin zu individuellen Beratungsangeboten und Fachtagungen. Die wichtigsten thematischen Hintergründe und Erklärungen zu zentralen Grundbegriffen sind auf dem Informationsportal ebenfalls zu finden. Das Portal richtet sich an alle NRW-Bürgerinnen und Bürger, die sich zum Thema Salafismus und zu den Aktivitäten der Landesregierung gegen gewaltbereite Salafistinnen und Salafisten informieren wollen. Darüber hinaus spricht das Portal durch seine Angebote Expertinnen und Experten sowie Praktikerinnen und Praktiker aus Wissenschaft, Pädagogik und Zivilgesellschaft an – und nicht zuletzt auch das Umfeld direkt Betroffener. Herausgeber der Seite ist die Landeszentrale für politische Bildung. Sie übernimmt die Redaktion und koordiniert die Beiträge der unterschiedlichen Ressorts zu ihren jeweiligen Projekten.

Die Inhalte und Informationen zu den Projekten werden fortlaufend aktualisiert.



NRW-Landeszentrale für politische Bildung

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist eine Bildungseinrichtung. Sie hat die Aufgabe, demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation zu fördern. „Demokratie leben“ ist das handlungsweisende Motto der Institution. Seit mehr als 70 Jahren stärkt die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen die demokratisch-politische Kultur im Land.

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen



Aktuelle und historische Diskurse greift die Landeszentrale für politische Bildung mit Publikationen, Veranstaltungen und Online-Angeboten auf. Diese Angebote sind überparteilich und diskursiv. Die Landeszentrale fördert die politische Bildungsarbeit vor Ort, bietet Veranstaltungen und (Print-)Medien zu Geschichte und Politik und regt politische Diskussionen an. Um Personen und Institutionen aus Nordrhein-Westfalen zu unterstützen, die sich für politische Bildungsarbeit, aber auch für Themen aus den Bereichen Gesellschaft, Politik, Geschichte und Wirtschaft sowie Nordrhein-Westfalen, Europa und Internationales interessieren, hält die Landeszentrale ein breites Angebot an Büchern, Broschüren und Arbeitsmaterialien bereit. Die Landeszentrale für politische Bildung gehört seit dem 30. Juni 2017 zum Geschäftsbereich des NRW-Ministeriums für Kultur und Wissenschaft.



Online-Angebote und Videos als Gegenbotschaften zu islamistischem Extremismus

Zu salafistischen und islamistischen Online-Inhalten Gegenarrative entwickeln und sie für die pädagogische Arbeit aufzubereiten, dies war das Ziel des Projektes digital-salam.de. Dieses Projekt wird seit 2017 durch das NRW-Ministerium für Kultur und Wissenschaft gefördert. Dabei wurde ein Onlineportal entwickelt, auf dem das bestehende Angebot an Online-Videos insbesondere auf YouTube genutzt und für den Einsatz im Schulunterricht (v.a. islamischer Religionsunterricht) didaktisch aufbereitet worden ist. Darüber hinaus wurde die Videoreihe „What’s up Islam“? mit sechs 5- bis 6-minütigen Folgen produziert. Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, vom Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, leitete den Aufbau des Online-Portals.

In dem aktuellen Forschungsprojekt „Countering Digital Dominance: Islamdiskurse und Gegenerzählungen in online und offline Kontexten“ werden in sozialen Netzwerken verbreitete Gegenarrative erfasst und mittels diskurs-theoretischer Überlegungen - fokussierend sowohl auf religiöse (vermitteltes Gottesbild, Menschenbild, Verhältnis zum „Anderen“ etc.) als auch soziale Aspekte (Anrufungen, Subjektivierungsprozesse etc.) - untersucht.

Weitere Informationen unter

- <https://digital-salam.de/>
- <http://re-coin.de/countering-digital-dominance>

ReCOIN research center for online discourses, islam and narratives



Bundesförderung: Gesellschaft verstehen – Zukunft gestalten

Globalisierung, Digitalisierung, weltweite Migration: Dies sind nur wenige der vielen Herausforderungen vor die Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert gestellt werden. Was muss getan werden, damit alle Menschen zukünftig auch vor diesem Hintergrund gut leben können?

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt den Geistes- und Sozialwissenschaften eine Schlüsselrolle zu, denn sie leisten hierzu wichtige Beiträge: Durch sie werden gesellschaftliche Entwicklungen und Systeme kritisch reflektiert und Orientierungs- und Handlungswissen über die Gesellschaft geschaffen. Daher stärkt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Geistes- und Sozialwissenschaften mit dem neuen Rahmenprogramm „Gesellschaft verstehen – Zukunft gestalten“ (2019-2025) und stellt bis 2025 rund 700 Mio. Euro bereit. Das Programm umfasst drei Handlungsschwerpunkte:

- Gesellschaftliche Herausforderungen meistern: Stärkung der Forschung zu Zusammenhalt, Innovationsfähigkeit und kulturellem Erbe
- Gestaltungs- und Entwicklungsräume für die Wissenschaft schaffen
- Forschungsdateninfrastrukturen bedarfsgerecht weiterentwickeln

Eine der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen ist die wachsende Radikalisierung bzw. der zunehmende Extremismus im rechten und linken politischen Spektrum sowie im Bereich religiösen Sektierertums. Islamismus, Antisemitismus, erstarrende extremistische Gruppen wie die Reichsbürger bedrohen Demokratie und gesellschaftlichen Frieden. Das BMBF fördert umfassende Grundlagenforschung und anwendungsbezogene Forschung, um diesen Entwicklungen angemessen zu begegnen, Extremismus zurückzudrängen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Aktuelle Vorhaben und Initiativen aus der Förderung sind: das „Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt“, die Projekte „Gesellschaft extrem“ und „Mapex“ (s. folgender Beitrag) und eine laufende Bekanntmachung zu den gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa. Durch diese Förderungen des BMBF soll es ermöglicht werden, sich wissenschafts- und erkenntnisbasiert den Herausforderungen zu stellen und Maßnahmen zur Prävention sowie zur Bewältigung des radikalen Islam zu entwickeln.

Zunehmende Radikalisierungen zeigen sich nicht nur im Bereich des Islam, sondern auch im Bereich des Antisemitismus. Bis in die Mitte der Gesellschaft hinein ist eine zunehmende Polarisierung und Radikalisierung von Positionen und Verhaltensweisen festzustellen. Vorurteile und Abwertungen schlagen in Hass und Gewalt um. Zugleich entstehen Verschwörungsmymen. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur Menschen jüdischen Glaubens und jüdisches Leben: Bedroht werden Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Daher möchte das BMBF durch grundlagen- und anwendungsorientierte Forschungsförderung dazu beitragen, wissenschaftliche Erkenntnisse zu nutzen, um die Phänomene besser verstehen und Präventions- und Handlungskonzepte zu entwickeln.



Weitere Informationen online

- www.bmbf.de/de/gesellschaft-verstehen--zukunft-gestalten-8897.html
- www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-2049.html



Bundesweite Erfassung von Präventions- und Deradikalisierungsinitiativen

Islamistischer Extremismus und Terrorismus sind eine ernste Bedrohung für die deutsche und die europäische Gesellschaft. Ein zunehmender Teil der betroffenen Personen radikalisiert sich inmitten der Gesellschaft und schließt sich extremistischen Gruppen an. Auf diese Radikalisierungsphänomene reagieren Bund, Länder und Kommunen mit einem breiten Spektrum an Maßnahmen: Von Bildungsprogrammen über Beratungsangebote für Eltern bis hin zur konkreten Ausstiegsarbeit. Aber welchen Ansätzen gelingt es besonders gut, junge Menschen dem Einfluss gewaltorientierter salafistischer und dschihadistischer Propaganda zu entziehen? Bisher mangelt es an einer fundierten Übersicht über die Arbeitsweise der verschiedenen Ansätze: An welcher Stelle der Prävention und/oder Intervention setzen sie an? Welche Formen von Radikalisierungsprozessen werden von den Projekten adressiert?

Diese Lücke schließt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbundprojekt MAPEX: „Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung“ (12/2017 – 11/2020). Die Forschenden analysieren, wie sich Prävention und Intervention zueinander verhalten, an welchen Ursachen, Radikalisierungsphasen, -dynamiken und -mechanismen die Projekte ansetzen, an wen sich das Angebot richtet und auf welche theoretischen Ansätze bzw. auf welches Professionsverständnis sie sich jeweils beziehen.

Dazu befragt MAPEX bundesweit über 1.000 Initiativen und bildet sie auf einer digitalen Landkarte ab. Spätestens zum Projektende soll die interaktive Landkarte im Internet frei zugänglich gemacht werden und es Expertengruppen und Interessierten ermöglichen, die Präventions- und Interventionslandschaft in Deutschland überblicken und sie

anhand von spezifischen Filtern und Metadaten sortieren und analysieren zu können. Die Grundlage des Mappings bildet dabei eine dynamische Datenbank, die parallel zum Mapping entwickelt wird und die interaktive Landkarte um ein digitales Analyse- und Visualisierungstool ergänzt. Das Mapping ist zugleich eine Methode zur Systematisierung und Analyse sowie ein Transferprodukt für Praxis und Politik.

Der Forschungsverbund MAPEX besteht aus vier Instituten und Einrichtungen. Alle Projektpartner sind dabei an der bundesweiten Erhebung der Präventions- und Interventionslandschaft, der Entwicklung des kriteriengeleiteten Kategoriensystems sowie an den Transfermaßnahmen und der Entwicklung konkreter Handlungsempfehlungen beteiligt. Vertieft und ergänzt wird das Mapping durch vier qualitative Teilprojekte. Geleitet und koordiniert wird der Forschungsverbund am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld.

Die Praxis wird nicht nur von den Ergebnissen profitieren, sondern unterstützt MAPEX gleichzeitig durch sieben assoziierte Partnerinnen und Partner: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Deutsche Stiftung für Friedensforschung (DSF), Ufuq.de, das LKA Sachsen, das Programm Wegweiser e.V. in Düsseldorf, das LOEWE-Programm sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx).



Weitere Informationen online

- www.mapex-projekt.de



Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention des DJI

Die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention (AFS) ist eine Projekteinheit des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in Halle (Saale). Sie beschäftigt sich – an der Schnittstelle zwischen Jugend- und Jugendhilfeforschung – mit Extremismus und dessen Prävention. Kontext des Projekts ist die seit seiner Gründung im Jahr 2000 unverändert hohe Relevanz, die der pädagogischen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Orientierungen sowie mit politisch-weltanschaulich begründeter und vorurteilsmotivierter Gewalt zukommt.

Die seit 2014 wieder wachsende Zahl fremdenfeindlicher (Gewalt-)Straftaten, das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen, aber auch die in Teilen der Gesamtbevölkerung verbreiteten rechtsextremen, fremden- und islamfeindlichen Einstellungen unterstreichen dies. Zudem steht seit einigen Jahren mit islamistischem Extremismus ein weiteres demokratiefeindliches und gruppenabwertendes Phänomen im Fokus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit.

Auch für die pädagogische Fachpraxis sind damit spezifische Herausforderungen verbunden: Auf der einen Seite besteht hier hoher gesellschaftlicher Handlungsdruck, auf der anderen Seite liegt in Deutschland bisher nur wenig gesichertes Wissen zu diesem Phänomen vor, und auch spezifische pädagogische Ansätze werden in diesem Handlungsfeld erst seit einigen Jahren entwickelt. Weiterer Handlungs- und Entwicklungsbedarf für die pädagogische Praxis resultiert aktuell auch aus gesamtgesellschaftlichen Polarisierungen im Zusammenhang mit Migration und Religion, die sich unter anderem in sozialräumlichen Konflikten niederschlagen. Die Praxis muss hier Wege finden, um Polarisierungs- und Entfremdungstendenzen entgegenzuwirken.

Aufgabe der AFS ist es vor diesem Hintergrund, aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und islamistischer Extremismus in den Blick zu nehmen und deren jugend(-phasen)spezifische Dimensionen zu erforschen.



Das Team der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention (AFS)

Foto: Joachim Langner



Zudem systematisiert sie Praxiserfahrungen, die in der pädagogischen Auseinandersetzung mit extremistischen Phänomenen gewonnen wurden und spiegelt diese den Akteuren in den betreffenden Handlungsfeldern zurück. Dieser Aufgabe begegnet das Projekt durch

- systematische Aufarbeitung vorliegender Erkenntnisse,
- qualitative Erhebungen zu praxisrelevanten Fragestellungen,
- Förderung des fachlichen, professionen- und disziplinenübergreifenden Austauschs im bundesweiten und internationalen Kontext,
- praxisorientierte Wissensaufbereitung und Transmission von Erkenntnissen in die Fachpraxis und
- Beratungstätigkeiten für Fachpraxis, Politik und andere themenrelevante Professionen.

Aktuelle Forschungsthemen in der AFS sind

- Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter - Herausforderungen für die Jugendhilfe
- Hinwendung und Radikalisierung junger Menschen zum gewaltorientierten Islamismus
- Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit
- Bearbeitung von lokalen Konflikten um Migration und Religion
- Digitale Medien und politischer Extremismus im Jugendalter.

Aktuelle Herausforderungen

Eine besondere Herausforderung für eine Arbeits- und Forschungsstelle im Themenfeld politisch-weltanschaulicher Extremismus besteht darin, dem schneller werdenden Wandel der Phänomene gerecht zu werden und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Bedarfe aufzugreifen. Beispielsweise zeigten sich in den vergangenen Jahren im Themenbereich islamistischer Extremismus diverse Phänomenveränderungen und Themenkon-

junkturen, etwa bzgl. eines „homegrown“ Terrorismus, der Ausdifferenzierung islamistischer Jugendkulturen, der versuchten oder gelungenen Ausreisen radikalierter junger Menschen und Familien, z.B. in das Territorium des sogenannten Islamischen Staates, und deren Rückkehr nach Deutschland. Aus diesen Veränderungen der Phänomene und Themen resultieren entsprechend schnell auch sich stetig verändernde Bedarfe der pädagogischen Praxis.

Mitunter ergeben sich in der Fachpraxis neue Relevanzsetzungen bezüglich spezifischer Phänomene. Dies geschieht zum Teil auch tagesaktuell z.B. aufgrund von extremistischen Vorfällen. Dies betrifft Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus oder Linksextremismus. Teilweise verschiebt sich auch innerhalb einzelner Phänomenbereiche der für die Praxis jeweils relevante Fokus, z.B. zwischen gewalt- und nichtgewaltförmigen Ausprägungen, unterschiedlichen Phänomenfacetten (wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit usw.) oder extremistischen und vorgelagerten Phänomenen.

Zum einen besteht die Herausforderung für ein praxisbezogenes Forschungsprojekt wie die AFS darin, diese Bedarfe im Praxisfeld früh zu erkennen, zeitnah mit geeigneten, kurzfristig angelegten Forschungsaktivitäten darauf zu reagieren und damit praxisnahes und -relevantes Wissen aufzubereiten und bereitzustellen. Zum anderen muss Forschung aber auch in die Lage versetzt werden, sich längerfristig und vertiefend bestimmten Themen zuzuwenden, um die Weiterentwicklung pädagogischer Praxis im Handlungsfeld empirisch gut fundiert voranzutreiben.



Weitere Informationen
und Links

- www.dji.de/afs



Im Interview: Professor Albert Scherr über Unterschiede Links- und Rechtsextremismus



Prof. Dr. Albert Scherr
Foto: privat

Die Ursachen, Gründe, Formen und Folgen von Diskriminierung verstehen. Die soziale Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchterfahrungen sowie die Förderung einer Kultur des Zusammenlebens verbessern. Dies sind nur zwei Projekte, mit denen sich Prof. Dr. Albert Scherr, Leiter des Instituts für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg, aktuell beschäftigt. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen neben soziologischen Theorien und der qualitativ-empirischen Forschung auch die Migrations- und Flüchtlingsforschung, Jugendforschung sowie die Themen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus. Er engagiert sich in verschiedenen Funktionen, unter anderem als Mitglied im Rat für Migration, im DFG-Netzwerk Grundlagen der Flüchtlingsforschung sowie als Vorstandsmitglied im Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.



1. Extremismus ist in öffentlichen Debatten und Berichterstattungen stark präsent. Gehen hier Forschung und Öffentlichkeit von den gleichen Begriffen und dahinter liegenden Phänomenen aus?

A. Scherr: „Generell können unter Extremismus politische Strömungen gefasst werden, die Grundprinzipien der konstitutionellen Demokratie wie u.a. Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit oder Achtung der Würde jedes Menschen infrage stellen. Extremismus meint insofern sowohl in den Wissenschaften wie auch in einer aufgeklärten Öffentlichkeit eine prinzipielle Gegnerschaft zu einer menschenrechtlichen Prinzipien verpflichteten demokratischen Ordnung. Im Hinblick auf Rechtsextremismus und Linksextremismus gilt es klar zu unterscheiden: Für Rechtsextremismus sind die Grundannahmen darüber, was diesen charakterisiert, in der wissenschaftlichen Diskussion unstrittig und stimmen auch mit dem Verständnis von Rechtsextremismus überein, das in medialen und politischen Öffentlichkeiten überwiegend

gängig ist. Rechtsextreme lehnen Grundprinzipien der demokratischen politischen Ordnung ebenso ab, wie Kernbestandteile der Menschenrechte, so die Idee der gleichen Würde aller Menschen und das daraus abgeleitete Diskriminierungsverbot. Gleichwohl ist es gegenwärtig unklar, wie die Grenze zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus genau zu ziehen ist, ob also zum Beispiel die AfD oder ein Teil der AfD begründet als rechtsextrem charakterisiert werden, was zumindest von Teilen der neueren Rechtsextremismusforschung angenommen wird.

Problematischer stellt sich die Situation in Bezug auf Linksextremismus dar: In der wissenschaftlichen Diskussion wird dieser Begriff von einigen Autorinnen und Autoren grundsätzlich infrage gestellt, wobei die Begründung dafür aus meiner Sicht zwar politisch plausibel, aber wissenschaftlich nicht überzeugend sind. In Teilen der Extremismusforschung - und auch von den Verfassungsschutzbehörden - wird der Begriff dagegen sehr expansiv verwendet; dies im Sinne einer präventiven Verdachtslogik, die aus meiner



Sicht legitime Formen der Gesellschaftskritik und des politischen Protests als Vor- und Umfeld eines verfassungsfeindlichen Extremismus in den Blick nimmt. In der Öffentlichkeit wird Linksextremismus überwiegend mit Gewaltaktionen, vor allem gegen Polizistinnen und Polizisten, bei Ereignissen wie dem G-20 Gipfel assoziiert, ohne dass zwischen genuin politisch motivierter Gewalt und banaler Gewaltkriminalität unterschieden wird. Es besteht also zum einen innerhalb der Wissenschaften ein erheblicher Klärungsbedarf, was unter Linksextremismus zu verstehen ist und was diesen von legitimer Gesellschafts- und Kapitalismuskritik sowie von Formen eines gewaltfreien zivilen Ungehorsams unterscheidet. Zum anderen besteht ein Aufklärungsbedarf gegenüber Öffentlichkeiten und Akteuren, die von einem sehr diffusen Verständnis von Linksextremismus ausgehen.“



2. Wo sehen Sie die Aufgabe der Forschung beim Thema Extremismus?

A.S.: „In Bezug auf Rechtsextremismus besteht weiterhin ein Bedarf an empirisch fundierten Beobachtungen der Entwicklungen in unterschiedlichen Kontexten. Neben den einschlägigen Umfragen der Meinung- und Einstellungsforschung sind konkrete Analysen lokaler Entwicklungsdynamiken sowie von Vernetzungsstrukturen innerhalb der extremen Rechten ebenso erforderlich wie Analysen der Schnittstellen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.“

Die Forschung über Rechtsextremismus wäre zudem in die Lage zu versetzen, eine systematische Bestandsaufnahme der Erfahrungen und Evaluationsergebnisse vorzunehmen, die aus den unterschiedlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus verfügbar sind, wie sie seit Anfang der 1990er Jahre im Kontext unterschiedlicher Bundes- und Landesprogrammen durchgeführt wurden. Es mangelt an einer gut fundierten Systematisierung des verfügbaren Wissens über mehr oder weniger aussichtsreiche Gegenstrategien. Die Zeiten, als es noch darauf

ankam, immer wieder erneut Modellprojekte zu erproben, sind vorbei - und es besteht die Gefahr, dass eine darauf ausgerichtete Förderungspolitik dazu tendiert, stärker der Selbstberuhigung der Akteure als zu einer wirklich effektiven Bekämpfung des Rechtsextremismus zu dienen.

In Bezug auf Linksextremismus neige ich zu einer anderen Einschätzung: Erstens besteht hier zunächst ein grundsätzlicher begrifflicher und theoretischer Klärungsbedarf dazu, was unter einem verfassungsfeindlichen Linksextremismus verstanden werden kann. Eine diesbezügliche wissenschaftliche Klärung ist zwingende Voraussetzung einer sinnvollen empirischen Forschung. Da zudem die gesellschaftliche Bedeutung - dessen, was unter Linksextremismus - im Sinne einer Bedrohung der Demokratie und einer massiven Feindseligkeit gegen Minderheiten verstanden werden kann, vergleichsweise gering ist, besteht hier auch ein geringerer Forschungsbedarf als im Fall von Rechtsextremismus.

Forschungsprojekte zur Gewalt bei politischen Großereignissen sind gleichwohl sinnvoll und sollten als unabhängige wissenschaftliche Forschung angelegt sein, die sowohl die Rolle aller beteiligten Akteure für die Entstehung von Eskalationsdynamiken berücksichtigt, wie auch deutlich zwischen genuin politischen Handeln und solchen Gewalttaten unterscheidet, in denen eher eine männliche Gewalt- und Konfliktbereitschaft als politische Überzeugung zum Ausdruck kommen.“

(- Das komplette Interview online -)



Weitere Informationen online

- Das komplette Interview unter: www.connectnrw.de/de/Extremismusforschung.php



NRW goes EU: Projekt DARE untersucht Mechanismen von Radikalisierung

Was führt zur Radikalisierung von jungen Menschen? Wie lassen sich wirksame Interventionsformen entwickeln? Damit beschäftigt sich das Projekt Dialogue about Radicalisation and Equality (DARE). DARE startete im Mai 2017 und läuft für vier Jahre. Es wird im Rahmen des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ finanziert und untersucht, inwieweit junge Menschen auf Botschaften und Radikalisierungsakteure stoßen, wie sie diese Anrufungen entgegennehmen und darauf reagieren.

Das Projekt umfasst 15 Partner in 13 Ländern - Belgien, Kroatien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Malta, Norwegen, Polen, Russische Föderation, Niederlande, Tunesien, Türkei und Großbritannien. Ziele sind u.a. das Verständnis von Radikalisierung zu erweitern und die Auswirkungen von Radikalisierung auf die Gesellschaft zu untersuchen.

DARE konzentriert sich auf Personen im Alter zwischen 12 und 30 Jahren, da vorhandene Forschungsergebnisse vermuten lassen, dass sie für Radikalismus besonders empfänglich sind. Es spricht junge Menschen weder als Opfer noch als Täter von Radikalisierung an, sondern als engagierte, reflexive, oft leidenschaftliche soziale Akteure, die Informationen suchen, denen sie vertrauen können, während sie in einer Welt navigieren, in der es zahlreiche Aufrufe zur Radikalisierung gibt.

Die Forschung steht in direktem Zusammenhang mit den politischen und praktischen Zielen, an denen Akteure aus verschiedenen Ländern über verschiedene Ausschüsse beteiligt sind. Zu den Ergebnissen gehören Bildungswerkzeuge für junge Menschen in formellen und informellen Bildungs-

umgebungen sowie ein Toolkit zur Bewertung bestehender Entradikalisierungsprogramme. Die Ziele des DARE-Projekts sind:

- Radikalisierungstrends im historischen, räumlichen und politischen Kontext verstehen, einschließlich ihrer Wechselwirkung und ihres Potenzials für kumulative Effekte.
- Identifizierung neuer Trends in Bezug auf die Radikalisierungsempfänglichkeit, insbesondere in Bezug auf Jugend und Geschlecht, und Ausweitung des Fachgebiets auf die Untersuchung von Trajektorien, die keine Radikalisierung beinhalten.
- Untersuchung des Zusammenspiels von Struktur und Autorität bei der Radikalisierung durch die Überschneidung von gesellschaftlichen (Makro-), Gruppen- (Meso-) und individuellen (Mikro-) Faktoren in einzelnen Entwicklungsverläufen.
- Das Verständnis der Rolle von Ungleichheit und wahrgenommener Ungerechtigkeit bei der Radikalisierung verbessern.
- Die relative Bedeutung von Religion, Ideologie und außerideologischen (affektiven) Dimensionen der Radikalisierung und deren Verwobenheit verstehen.
- Entwicklung neuer Evaluierungs- und Interventions-Toolkits zur Bekämpfung von Radikalisierung und zur Maximierung ihrer Wirkung durch aktive Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgern und Interessengruppen der Zivilgesellschaft.



Beteiligung der Hochschule Düsseldorf

Der Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus (FORENA) ist an der Fakultät für Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Düsseldorf angesiedelt. FORENA wird insbesondere an den Arbeitspaketen Contemporary radicalisation in historic and spatial context, Trajectories of radicalisation: Radical Islamist milieus und Trajectories of radicalisation: Anti-Islam(ist) milieus mitwirken. Darüber hinaus koordiniert der Leiter von FORENA, Prof. Dr. Fabian Virchow, das zum Konsortium gehörende Komitee zu Fragen der Forschungsethik.

Der Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus (FORENA) existiert seit 1987. Er hat eine lange Tradition in der Erforschung der Geschichte der extremen/populistischen Rechten und ihrer ideologischen Formationen. Der Forschungs-

schwerpunkt geht auch der Frage nach, wie und warum Anhänger zu radikaleren Denk- und Handlungsweisen übergehen. Bei FORENA geht es nicht darum, die Probleme von Rechtsextremismus und Rassismus zu individualisieren, sondern sie aus sozialtheoretischer Sicht als Kernprobleme von Gesellschaft zu analysieren. Aktuelle Forschungen befassen sich mit dem Aufkommen von Rechtspopulismus und antimuslimischem Rassismus in Deutschland und Europa. Darüber hinaus wird die Dynamik neosalafistischer Bewegungen und ihr Zusammenspiel mit rechtsextremistischen Gruppen untersucht.



Weitere Informationen online

- www.dare-h2020.org
- <http://forena.de/dare/>



Radicalisation Awareness Network (RAN) der EU-Kommission

Die Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus umfasst mehr als nur Überwachung und Sicherheit. Das Radicalisation Awareness Network (RAN) bringt Praktikerinnen und Praktiker der Präventionsarbeit aus ganz Europa zusammen, da der Terrorismus nicht an nationalen Grenzen Halt macht. Das Netzwerk wurde 2011 durch die EU-Kommission ins Leben gerufen.

RAN ist ein Netzwerk von Front- oder Basispraktikern aus ganz Europa, die täglich mit Menschen zusammenarbeiten, die bereits radikalisiert wurden oder anfällig für Radikalisierung sind. Zu den Praktizierenden zählen Polizei- und Gefängnisbehörden, aber auch diejenigen, die traditionell nicht an Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung beteiligt sind, wie Lehrpersonen, Jugendarbeitende, Vertretungen der Zivilgesellschaft, Vertretungen der lokalen Behörden und Angehörige der Gesundheitsberufe.

Ziele sind die Vernetzung und der Austausch zwischen Fachleuten aus verschiedenen Bereichen der Präventionspraxis und aus verschiedenen Staaten zur Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus. Dies umfasst beispielsweise Rechtsextremismus genauso wie Islamismus oder Strukturen linker Militanz. So sollen Ansätze und Konzepte weitergetragen und verbessert werden.

Die Praktikerinnen und Praktiker aus verschiedenen Arbeitsbereichen treffen sich in Arbeitsgruppen und Workshops, um lokale Herausforderungen oder spezifische Fragestellungen zu diskutieren. Sie teilen Wissen und begutachten bewährte Praktiken aus allen Teilen der EU. Die Ergebnisse werden in Form von Handreichungen, Protokollen und Beispielen guter Praxis publiziert.

In RAN-Arbeitsgruppen können sich die Praktikerinnen und Praktiker an vorderster Front über ihr umfangreiches Wissen und ihre Erfahrungen aus erster Hand austauschen und gegenseitig ihre Praktiken begutachten. RAN ist auch eine Plattform, um Fachwissen und Erfahrung zur Bekämpfung der Radikalisierung zu bündeln.

RAN-Kompetenzzentrum

Das RAN-Kompetenzzentrum nutzt sein Fachwissen, um die RAN-Arbeitsgruppen zu leiten. Es unterstützt auch die EU und einzelne Länder, wenn sie dazu aufgefordert werden, und verbreitet das gesammelte Schlüsselwissen.

Das RAN Center of Excellence (CoE) wird vom Internal Security Fund (Police) finanziert. Das CoE in Amsterdam unterstützt und koordiniert das Netzwerk und sammelt und publiziert die Ergebnisse. Das CoE dient zudem als Ansprechpartner für die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten.



Weitere Informationen online

- https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network_en
- www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/267720/radicalisation-awareness-network-ran-der-eu?p=all



connectNRW – Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften im Fokus

connectNRW ist die Plattform zur Vernetzung und zum Wissenstransfer für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften in Nordrhein-Westfalen. connectNRW zielt darauf, die geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Exzellenz in NRW zu stärken und den Informationstransfer weiter zu unterstützen. connectNRW organisiert Workshops, Expertenrunden und Tagungen zu unterschiedlichen Themen. Dabei setzt die Plattform einerseits auf den Austausch von Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaftler/-innen untereinander und darüber hinaus mit anderen Disziplinen und Praxisakteuren. Der interdisziplinäre Austausch und Beteiligungsprozesse mit Wissenschaftler/-innen stehen hierbei im Fokus.

connectNRW macht Forschungsergebnisse für die Öffentlichkeit, für gesellschaftliche Akteure und für den weiteren wissenschaftlichen Austausch zugänglich und bietet mit einem Online-Portal Informationen zu relevanten Akteuren, Veranstaltungen, laufenden Projekten und Fördermöglichkeiten. Die Plattform begleitet unter anderem die Förderlinien „Forschung Flucht und Integration“ und

connectNRW

Plattform Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften

„Digitale Gesellschaft“ des NRW-Wissenschaftsministeriums und organisiert Veranstaltungen und Workshops.

connectNRW arbeitet seit Frühjahr 2016 bis Ende 2019 im Auftrag des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW.

Die Geschäftsstelle von connectNRW ist im DLR Projektträger (DLR-PT) angesiedelt. Mit vielfältigen Dienstleistungen unterstützt der DLR-PT Akteure aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Bildungsträger – von der Analyse und Beratung bis zur Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen.

Besuchen Sie uns auf www.connectNRW.de oder folgen Sie uns auf Twitter: [@connect_nrw](https://twitter.com/connect_nrw)